

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 10 (1969)  
**Heft:** 24

**Rubrik:** Der Kommentar

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Eine exemplarische Erscheinung am Beispiel Schwedens

## «Aktive Neutralität»

Von Oskar Angelus

Die Bolschewiken haben seit Beginn ihrer Herrschaft in Russland westliche Begriffe benutzt und ihren Inhalt gefälscht. Unter Demokratie verstehen sie die Diktatur, Kriege teilen sie, abhängig davon, ob sie für die Sowjets nützlich oder schädlich sind, in gerechte und ungerechte ein, und Ähnliches geschieht mit dem Terminus Neutralität. Laut Moskau unterscheidet man zwischen aktiver und passiver Neutralität.

Solange sich die UdSSR nicht selbst am Zweiten Weltkrieg beteiligte, befreilich sie sich der «aktiven Neutralität» und unterstützte Hitler, wie es Roosevelt mit England tat. So überliess Moskau den in der Nähe von Murmansk gelegenen «Seestützpunkt Nord» der deutschen Kriegsmarine, rüstete einen deutschen Hilfskreuzer auf einer sowjetischen Werft aus, erklärte sich bereit, als Käufer von Metallen und Rohstoffen für das Dritte Reich im Auslande aufzutreten usw. Deutschland wurde unterstützt, weil der Kreml ganz richtig annahm, es sei der schwächere Teil. Der Krieg sollte in die Länge gezogen werden, um den Westen zu schwächen.

Die Sowjetunion betreibt im Bedarfsfall nicht allein selbst eine Neutralitätspolitik geschilderter Art, sondern verlangt dasselbe auch von ihren Freunden und denen, die sich um ihr Wohlergehen bemühen. Zu diesen Ländern gehört, bedingt durch seine geographische Lage, heute Schweden. Das macht seinen schweren Stand in der Aussenpolitik aus, um so mehr als es sich oft um heikle Fragen handelt, über die man nicht in aller Offenheit diskutieren kann.

In diesen Wochen und Monaten geht es um die Vietnamfrage.

Schon zu Beginn dieses Jahres hatte Schweden als bis jetzt einziges nichtkommunistisches Land Nordvietnam anerkannt. Anfang Oktober erklärte der schwedische Aussenminister Torsten Nilsson auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Stockholm, Nordvietnam werde Finanzhilfe in Höhe von 200 Millionen Kronen (etwa 40 Millionen Dollar) erhalten. Als Folge dieser Ankündigung annullierten amerikanische Unternehmen im Laufe von 24 Stunden Aufträge an die schwedische Industrie in Höhe von 57 Millionen Dollar, wobei die Stora Kopparbergs Bergslags AB mit 35 Millionen der grösste Leidtragende war.

In einem kurzen Telefongespräch wurde der schwedischen Firma mitgeteilt, man wolle nicht in geschäftlicher Verbindung mit einem Lande stehen, das einen mit den USA kriegführenden Staat unterstützt. Aus demselben Grunde, erklärte ein Sprecher des Aussenministeriums in Washington, würde die amerikanische Export- und Importbank Schweden möglicherweise keine weiteren Kredite gewähren. Diesen Massnahmen drohen sich die amerikanischen Hafnarbeiter anzuschliessen und schwedische Schiffe zu boykottieren. Amerikanische Zeitungen haben einen «Krieg gegen die Wikinger», gemeint sind die Schweden, proklamiert und zum Teil begonnen, und der Senator William Scherle (Iowa) hat die Rückzahlung von 104 Millionen Dollar gefordert, die Schweden den USA schuldet.

Hinzu kommen einige Fakta, die das Ganze noch verschärfen. Die amerikanischen Astronauten mieden bei ihrer Europareise Schweden, über den schwedischen Alleingang ärgerten sich Dänemark und Norwegen, die nicht einmal rechtzeitig informiert wurden, und — last, not least — die UdSSR und Nordvietnam unterzeichneten am 15. Oktober ein Abkommen, demzufolge Hanoi neben militärischer auch finanzielle Hilfe zugesichert wurde.

Die Frage der schwedischen Finanzhilfe rief einen Sturm der Entrüstung in den USA und Missbehagen in anderen Ländern, selbst in Schweden, hervor. Das schwedische Aussenministerium erklärte, ein neutrales Land sei keineswegs zur politischen Passivität in der Aussenpolitik verurteilt, und Neutralität sei nicht zugleich eine Neutralität der politischen Ansichten. Der neue schwedische Ministerpräsident Olof Palme sprach von einem Missverständnis, das sich teilweise durch Unkenntnis der Hintergründe der geplanten Aktion erklären lasse. Wenn man ausserdem, fügte er hinzu, in Betracht ziehe, was Torsten Nilsson früher gesagt hat, sei es klar, was er meinte. Der Minister selbst betonte auf einer improvisierten Pressekonferenz, es handle sich um ein Missverständnis, das immer möglich sei, wenn Journalisten ihre Mitteilungen in Verkürzungen kabela. Ein neues Missverständnis soll dann in Amerika eingetreten sein, und Arne Geijer, der Vorsitzende des aussenpolitischen Ausschusses und zu-

gleich Chef des schwedischen Gewerkschaftsbundes, der nach den USA gereist war und von dort nach Kanada, soll gesagt haben, die 200 Millionen seien sowohl für Nord- als auch Südvietnam vorgesehen als dreijährige Wiederaufbauhilfe nach Kriegsende. Gleich zwei Presseagenturen — AP und UPI — seien dem Missverständnis zum Opfer gefallen. Als Resultat weiss nun der gewöhnliche Zeitungsleser — wenigstens in Schweden selbst — nicht, worum es sich eigentlich handelt, bloss dass 200 Millionen Kronen gezahlt werden, aber wann, wem und vor allem wofür, ist unklar.

Torsten Nilsson, der seinen amerikanischen Kollegen William Rogers besuchte, erklärte ihm persönlich den ganzen Sachverhalt, und die Angelegenheit dürfte schliesslich zu den Akten gelegt werden. Der Sprecher des amerikanischen Aussenministeriums sprach von «sehr konstruktiven Überlegungen» der beiden Staatsmänner; viel mehr Positives scheint die Begegnung nicht ergeben zu haben. Es steht aber zu hoffen, dass die USA-Regierung die tatsächlich schwierige Position des schwedischen Aussenministers anerkennt, der immer stark mit dem Kreml rechnen muss. Hinzu kommt seine Stellung in der eigenen Partei. In der Stockholmer Arbeiterschaft, deren Vorsitzender er ist, wehen scharfe prokommunistische Winde. Um dem linken Flügel dieses wichtigen Teils der schwedischen Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen, muss Nilsson hin und wieder Zugeständnisse machen. Deshalb sind in Schweden Stimmen laut geworden, die seinen Rücktritt aus der Regierung oder der Leitung der Arbeiterkommune fordern. «Auf zwei Stühlen zugleich kann er nicht sitzen.»



Der Beitrag unseres Skandinavien-Korrespondenten über die Neutralität Schwedens im Schatten der Sowjetunion interessiert die Schweiz als klassisches Land der Neutralität ganz besonders. Der Umstand, dass Schweden selbst — übrigens neben Russland — zu den Garanten der schweizerischen Neutralität von 1815 gehört, verleiht der heutigen Problematik einen eigenen Reiz.

Vorab einige Feststellungen über die Neutralität. Völkerrechtlich werden vorübergehende (ad hoc) und dauernde Neutralität unterschieden, erstere als Massnahme einer Regierung, einem bestimmten Krieg fernzubleiben, letztere als Willensäusserung einer Regierung, allen militärischen Konflikten fernzubleiben.

Das Recht, an einem Krieg nicht teilzunehmen, überbindet der Regierung des betreffenden Landes auch einige Pflichten: zunächst setzt die Notwendigkeit, einen Angreifer abweisen zu können, die Möglichkeit militärischer Landesverteidigung voraus; sodann muss die Glaubwürdigkeit der Neutralität durch Nichtteilnahme an militärischen Bündnissen in der Friedenszeit und durch die Bereitschaft zur Friedensvermittlung während der Kriegszeit nachgewiesen werden. Das bedeutet: die Neutralitätspolitik verlangt überparteiliche Aussenpolitik.

(Fortsetzung auf Seite 16)

## Koexistenz heute

(Fortsetzung von Seite 13)

als sozialistischer Nationalismus dar, und insofern ist er das reine Gegenteil des zwischen den westlichen Industrieländern praktizierten Internationalismus kapitalistischer Prägung.

Angesichts dieses Gegensatzes ist Neutralismus weder eine konfliktreduzierende noch eine durch die Stärke der sich als neutralistisch klassifizierenden Staaten konfliktunterdrückende Position. Es ist eine Position der Schwäche, der eigenen sowohl wie eine der Schwächung des Funktionsgefüges der internationalen Beziehungen. Neutralismus im Ost-West-Konflikt ist wie der Ver-

such, diesen Konflikt auf einen Mächtekonflikt klassischer Prägung zurückzuführen —, ein fehlter Versuch, den die zivilisatorische, technische und kommerzielle Realität bereits überholt hat. Herrschende Mittelmässigkeit in den politischen Führungen hindert daran, herkömmliche Neutralismuspositionen als anachronistische Souveränitätsbedürfnisse zu entlarven und die eigenen Souveränitätsbedürfnisse als Hindernisse einer universellen Neutralisierung aller internationalen Beziehungen zu durchschauen. Dies setzte freilich auch eine Neubestimmung des Begriffs «Neutralismus» voraus, Neutralismus nämlich verstanden als Versuch der Regierung eines neutralen Staates, die Neutralität den Staatsangehörigen als politische Haltung zu überbinden. ■

## Der Buchtip

**David Herzig: «Fetua. Der arabisch-israelische Konflikt, Ursachen und Auswirkungen». Verlag Günter Olzog, München 1969, 220 Seiten.**

Das Buch zeigt die geschichtliche Entwicklung seit dem Wiederaufbau Palästinas zu Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Lage Israels, wie sie sich nach dem Sechstagekrieg entwickelt hat. Es enthält eine Fülle geschichtlicher Angaben und Auszüge aus wichtigen Dokumenten, so aus dem Tagebuch König Husseins von Jordanien, einen historischen Brief des Grossmufti von Jerusalem an Hitler über den gemeinsamen Kampf gegen das Judengebiet und gegen die westlichen Kolonialmächte usw. In der gesamten Rückschau wird dem Leser hier eine wirksame Orientierungshilfe geboten.

Der Ausblick des Verfassers ist allerdings von einem Optimismus, den die Zeit nicht rechtfertigt. Die Lage Israels nach dem Sechstagekrieg wird «eine unvergleichlich bessere» genannt als vor dem 5. Juni 1967. In der Tat aber ist sie sehr viel schlechter. Dank der Sowjetunion sind die Araber aufgerüstet wie nie zuvor, dank einer Kriegspropaganda, die nur der hitlerschen vergleichbar ist, ist ihr Mobilisationsgrad noch gestiegen. Die Israeli haben sich jetzt schon sowohl in dem von ihnen gehaltenen Gebiet als auch an allen Grenzen der palästinensischen Kriegsführung zu erwehren, die sich an Hitlers «Mein Kampf» und an die Leitfaden der kommunistischen Guerillataktik orientiert. International ist

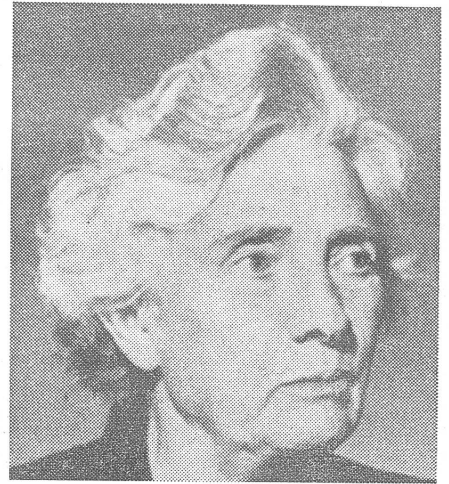
Israel durch die Zielstrebigkeit seiner Feinde, den furchtsamen Opportunismus seiner Freunde und die Einäugigkeit der UNO isoliert. Ueberdies wird die Weltmeinung beeinflusst und isoliert durch eine faschistische Stimmungskampagne ohne Gleichen, die sich wieder einmal «sozialistisch» und «progressiv» nennt. Die israelische Hoffnung ist deshalb die Hoffnung auf ein Wunder. *cb*

## Anna Kethly ist 80

Am 16. November ist Anna Kethly, jahrzehntelang Vorkämpferin für den Sozialismus in Ungarn, 80 Jahre alt geworden. Alt genug, werden viele finden, um zum alten Eisen geworfen zu werden. Sie ist zwar gut 70 Jahre jünger als Marx und fast 20 Jahre jünger als Lenin, aber die Tatsache, dass sie die Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung geradezu personifiziert, ist unbequem geworden. Dass es gerade ihre sozialistische Ueberzeugung war, die sie in Gegensatz zum KP-Regime brachte, ist zwar richtig, aber es stört die Entspannung, es zu sagen.

Ihr ganzes Leben lang kämpfte Anna Kethly gegen den Faschismus. Ob er sich nun königlich nannte, wie unter dem Regime Szalasi, gegen dessen «grünen Terror» sie aufstand, oder Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (nach der hitlerschen Okkupation des Landes ging sie in den Untergrund) oder Sozialismus im Verständnis des stalinistischen Systems.

Als Oppositionspolitiker im Parlament, in der Partei- und Gewerkschaftsspitze konnte sie vom



Horthy-Regime nicht mundtot gemacht werden. Rakosi brachte es dann zuwege, als er sie 1950 für vier Jahre ohne Gerichtsurteil einsperrte. Der endliche Prozess (Urteil: lebenslänglich) löste aber in der gesamten sozialistischen Welt einen solchen Protest aus, dass man sie freiließ.

Mit Kommunisten, die auf faschistische Macht ausübung verzichteten, war Anna Kethly zur Zusammenarbeit bereit. Sie war in der Revolutionsregierung von Imre Nagy 1956 Staatsminister. Jetzt ist sie eine Emigrantin, die in ziemlicher Stille ihren 80. Geburtstag begeht. *cb*

## Der Kommentar

(Fortsetzung von Seite 14)

Nicht unter die Pflichten der Regierung eines neutralen Landes fällt die Forderung nach einer neutralen Haltung auch der Staatsbürger dieses Landes: nur die Exekutive und ihre Administration muss sich der Neutralität befleißigen. Eine Regierung, die die neutrale Haltung ihren Staatsbürgern aufzwingen wollte, wäre nicht mehr neutral, sondern neutralistisch.

Aus diesen Feststellungen kann eine wichtige Schlussfolgerung gezogen werden: die überparteiliche Aussenpolitik einer neutralen Regierung setzt völlige Pressefreiheit voraus. Einschränkungen der Pressefreiheit ausserhalb des Notstandes wäre Folge des Versuchs, die neutrale Haltung den Staatsbürgern aufzuzwingen, also Ausdruck einer neutralistischen und nicht neutralen Haltung.

Völlige Pressefreiheit wiederum ist nur in der Demokratie gesichert. Die Demokratie ihrerseits schliesst sich selbst aus dem schmalen Spektrum

der Staatsorganisationen Moskauer und Pekinger Prägung aus. Mithin ist ein tatsächlich neutraler Staat wesentlich ein Staat, der nur im Lager der freien Welt denkbar ist, weil er nur im breiteren Spektrum westlicher Staatsorganisationen angesiedelt werden kann.

Unter diesem Gesichtspunkt kann nun die Frage geprüft werden, ob Schweden überhaupt noch ein wahrhaft neutraler Staat ist.

Durchaus nicht gegen die Neutralität Schwedens spricht der Umstand, dass dieses Land einer Reihe von Deserteuren aus der amerikanischen Armee in Vietnam Asyl gewährt, insoweit politische Motive zur Desertion geführt haben. Solchen Leuten würde und müsste auch in der Schweiz Asyl gewährt werden. Wie wir denn auch zu Recht stolz sind, dass etwa Lenin in unserem Lande Asyl gefunden hat — und froh wären, hätte er seinen Lebensabend gleich auch noch hier verbracht. Weniger vereinbar mit der Neutralität jedoch ist es, wenn politische Flüchtlinge politisch aktiv werden können.

Einen Verstoß gegen die Neutralität hat Schweden mit der Anerkennung Nordvietnams im Ja-

nuar dieses Jahres begangen. Zum ersten wurden dadurch mit Nordvietnam höhere diplomatische Beziehungen angeknüpft als mit Südvietnam. Zum zweiten wurden dadurch die Beziehungen zum Aggressor höher gestellt als jene zum Opfer der Aggression. Zum dritten wurden die Beziehungen während des Konfliktes selbst verändert. Ein zweiter Verstoß wurde mit der Ankündigung einer Hilfe an Nordvietnam in der Höhe von 40 Millionen Dollar begangen.

Beides stellt eine aussenpolitische Parteinahme dar und hat nichts damit zu tun, ob eine Aussenpolitik aktiv oder passiv sei. Diese Parteinahme verletzt die Neutralitätsmaxime sehr ernsthaft.

Es mag gerechtfertigt sein, dieser Haltung Schwedens im Schatten der Sowjetunion Verständnis entgegenzubringen. Aber das darf die Schlussfolgerung nicht überdecken, dass die Sowjetunion dort, wo sie über genügend Möglichkeiten verfügt, die überparteiliche Neutralität auf dem Umweg über den Neutralismus in eine prosovjetsche Haltung umzustrukturieren sucht.

Peter Sager

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut • Domizil: Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6 • Telefon 031 43 12 12 • Telex: 32 728 • Telegramm: Schweizost • Redaktion: Peter Sager, Christian Brügger • Mitwirkung: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Ost-Instituts und Auslandskorrespondenten • Administration und Inseratenverwaltung: Peter Dolder • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—), Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 3 • Postcheck ZeitBild 30-24 616 • Banken: Spar + Leihkasse Bern, Konto 153.400.50; Deutsche Bank, Frankfurt a. M., Konto 78-2409.

Das Schweizerische Ost-Institut widmet sich der Forschung und Information über internationale Entwicklungen • Tätigkeitsgebiete: ZeitBild (Zweiwochenzeitung) • Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI • Vortragsdienst • Buchhandlung • Verlag.